

**Prof. Dr. phil. Katinka Schweizer**  
Erste Vorsitzende  
Department Psychologie, Fakultät Human-  
wissenschaften  
MSH Medical School Hamburg  
Am Kaiserkai 1  
20457 Hamburg  
E-Mail: schweizer@dgfs.info

**Prof. Dr. phil. Richard Lemke**  
Geschäftsführer  
Fachbereich Soziale Arbeit, Medien, Kultur  
Hochschule Merseburg  
Eberhard-Leibnitz-Straße 2  
06217 Merseburg  
E-Mail: geschaeftsfuehrung@dgfs.info

## Stellungnahme der DGfS zur Diskussion um das geplante Selbstbestimmungsgesetz

Im Juli 2023 haben das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Bundesministerium der Justiz (BMJ) einen gemeinsamen Referentenentwurf für ein Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag erarbeitet. Die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) wurde dazu eingeladen, ihre Stellungnahme abzugeben, und hat ihre Position klar formuliert: „Die DGfS hält das geplante Gesetzesvorhaben für dringend geboten und erhofft sich von der Verabschiedung und dem Inkrafttreten eine Stärkung des Schutzes des Grundrechts auf geschlechtliche Selbstbestimmung sowie des Schutzes vor Diskriminierung.“ Die Stellungnahmen verschiedener Fachgesellschaften und Verbände sind auf der zugehörigen [Seite des BMFSFJ zu finden](#).

Am 28. November 2023 befasste sich schließlich der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Sitzung mit dem Gesetzesentwurf. In dieser Anhörung wurden von den Fraktionen des Deutschen Bundestages entsandte Expert\_innen als Sachverständige befragt. Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung war bestürzt darüber festzustellen, dass ein Mitglied unserer Fachgesellschaft in die Argumentationsstruktur der Partei AfD als Sachverständige eingebunden war. Prof. Dr. Aglaja Stirn, stellvertretende Klinikdirektorin und Chefärztin der Libermenta Klinik Schloss Tremsbüttel, trat in genannter Ausschusssitzung als Sachverständige für die AfD-Fraktion auf und äußerte [ihre Kritik](#) am geplanten Gesetzesentwurf.

Kritisch an der Stellungnahme von Prof. Dr. Stirn ist nicht nur ihre inhaltliche Argumentation, die die moderne sexualwissenschaftliche Sicht auf das Thema über weite Strecken verkennt, sondern auch ihr Duktus, stellvertretend für die gesamte Sexualwissenschaft zu sprechen und durch rhetorische Mittel den Anschein zu erwecken, um die Sicherheit von Transpersonen besorgt zu sein. Gerade weil Prof. Dr. Stirn in der Vergangenheit ihre Mitgliedschaft in der DGfS öffentlich hervorgehoben hat und als pro-

minente Vertreterin der Sexualmedizin gilt, nachdem sie im Jahr 2012 auf einen Lehrstuhl als Professorin für Psychosomatische Medizin und Sexualmedizin an die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel berufen wurde, halten wir es für geboten, nun auch öffentlich zu erklären, dass wir uns von ihren Ausführungen in vollem Umfang distanzieren.

Die Stellungnahme von Frau Prof. Stirn ist inhaltlich durch eine biologisch-deterministische Betrachtung von Geschlecht und eine Verzerrung wissenschaftlicher Befunde charakterisiert. Sie nutzt diese Verzerrung, um die Existenz von trans Menschen und deren Rechte grundsätzlich in Frage zu stellen<sup>i</sup> und deren Schutz als eine unzumutbare Bürde für die Gesellschaft erscheinen zu lassen<sup>ii</sup>. Abschließend stellt Frau Prof. Stirn Aggression gegen trans Menschen als eine logische Folge des geplanten Gesetzes dar und legitimiert damit Gewalt gegen sexuelle Minderheiten<sup>iii</sup>. Wenn Frau Prof. Stirn ihre Stellungnahme mit den Worten enden lässt: „Es ist vollkommen klar, dass niemand diskriminiert werden soll, egal, wie er sich fühlt“, möchten wir ihr entgegenrufen:

Diese Stellungnahme atmet den Geist vergangener Zeiten. Gerade das Überwinden dieser Zeiten markiert auch das geplante Gesetz. Frau Prof. Stirn steht – anders als ihre Stellungnahme unterstellt - nicht für die deutsche Sexualwissenschaft.

Die DGfS kämpft seit ihren Anfängen für die Rechte sexueller Minderheiten und eine pluralistische Gesellschaft. Immer schon prägten kritische Stimmen die DGfS. Wer jedoch die Rechte von Angehörigen sexueller Minderheiten im Dienst antidemokratischer Kräfte angreift, hat keinen Platz in unserer Fachgesellschaft.

Hamburg, Essen, Merseburg & Kiel,  
30. Januar 2024

Prof. Dr. Katinka Schweizer  
- Erste Vorsitzende -

Prof. Dr. Johannes Fuß  
- Zweiter Vorsitzender -

Prof. Dr. Richard Lemke  
- Geschäftsführer -

Dipl.-Psych. Vivian Jückstock  
- Beisitzerin -

Dr. Sebastian Kosanetzky  
- Beisitzer -

---

<sup>i</sup> Beispielsweise führt sie unter „4“ aus: „Der Wunsch, einem anderen Geschlecht anzugehören als dem über biologische Merkmale definierten Geburtsgeschlecht, basiert auf einem aus wissenschaftlicher Sicht überholten, noch in alten religiösen Kategorien verwurzelten Denken, nämlich der Annahme einer Trennbarkeit von Körper und Geist.“

<sup>ii</sup> Unter „11“ schreibt sie: „Auf den Punkt gebracht, fordert das SBG von der Gesellschaft eine Wahrnehmung gegen das eigene Gefühl und eine Realitätsverkenkung. Eine Person soll die Wahrnehmung des biologischen Geschlechts eines Gegenübers unterdrücken bzw. sie durch die vom Gegenüber gewünschte Wahrnehmung „überschreiben“, also an dessen Wahrnehmungswunsch mitwirken. Es wäre so, wie wenn man einer 35 kg wiegenden Anorexia-nervosa- Patientin, die einem sagt, sie sei fett, das bestätigt und es auch so sehen soll.“

<sup>iii</sup> Unter „13“ schreibt sie: „Logisch betrachtet ist das SBG der Versuch, die gesamte Gesellschaft dazu zu verpflichten, auf Wunsch einzelner Personen ihre eigene Wahrnehmung zu verleugnen bzw. durch die Fiktion einer anderen Wahrnehmung zu ersetzen. Es kann dadurch zu vermehrten aggressiven Reaktionen seitens der Gesellschaft kommen, was den transidenten Personen eher schadet als nützt.“

Frau Prof. Stirn hat auf unsere Stellungnahme in einem offenen Brief geantwortet und um dessen Veröffentlichung gebeten. Wir veröffentlichen ihn hier auf den folgenden Seiten. Sie teilt darin mit, dass sie ihre Stellungnahme von der Seite des Bundestags habe entfernen lassen (weshalb der Link in unserer Stellungnahme oben nun auf eine nicht mehr existierende Seite führt).

Prof. Dr. med. Aglaja Stirn

Hamburg, den 5.2.2024

An den Vorstand der  
Deutschen Gesellschaft für  
Sexualforschung

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Schweizer,

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Fuß,

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lemke,

Sehr geehrte Frau Dipl.-Psych Jückstock,

Sehr geehrter Herr Dr. Kosanetzky,

Ihre Stellungnahme vom 30. Januar 2024 hat mich schockiert, da sie mir unterstellt, im Dienst antidemokratischer Kräfte zu stehen und die Rechte sexueller Minderheiten anzugreifen. Dem kann ich nur vehement widersprechen: Seit Anbeginn meiner Tätigkeit in der Psychosomatik und der Sexualmedizin ist es mir ein Anliegen auf die speziellen Interessen meiner Patientinnen und Patienten einzugehen und gemeinsam die beste individuelle Lösung zu finden.

Mein Anliegen bei der Anhörung im Bundestag war in erster Linie auf die von mir befürchteten Risiken und Nebenwirkungen hinzuweisen, die eine (zu) frühzeitige Änderung des Personenstands ohne vorherige Beratung für die regelmäßig nachfolgenden schwerwiegenden Entscheidungen z.B. Hormonbehandlung und operative Maßnahmen bei Jugendlichen nach sich ziehen kann. Die Berichte von Detransition mehren sich. Gerade aus dem anglo-amerikanischen Raum gibt es zunehmend Personen, die eine Transition soweit möglich wieder rückgängig machen wollen. Jedoch gibt es solche Berichte auch in Deutschland. Ich wollte den Blick auf diese möglichen Risiken und Nebenwirkungen des Gesetzentwurfes lenken. Mit meinen Ausführungen wollte ich auf den notwendigen Schutz vor übereilten irreversiblen Entscheidungen insbesondere von Jugendlichen hinweisen.

Beim nochmaligen Lesen meiner Stellungnahme ist mir klar geworden, dass sie nicht nur als Ablehnung des vorliegenden Gesetzentwurfes sondern auch als Ablehnung jeder Änderung des Personenstands gelesen werden kann. Insbesondere vor dem Hinweis auf die von mir geäußerten Befürchtungen, dass die noch in weiten Teilen der Bevölkerung bestehenden Vorurteile gegenüber Transidentpersonen zu einem steigenden Aggressionspotential führen könnten Meine Hoffnung ist, dass ich mich da täusche und diese Befürchtungen übertrieben sind. Dass mir damit aber eine „Legitimation von Gewalt gegenüber sexuellen Minderheiten“ unterstellt wird, grenzt für mich allerdings an Böswilligkeit.

Zu der Anhörung im Deutschen Bundestag bin ich durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Sport eingeladen worden. Dort habe ich allein für mich gesprochen und nicht im Namen der DGfS oder gar einer politischen Partei! Mit meiner Stellungnahme Argumentationslinien der AfD zu

unterstützen liegt mir absolut fern, da ich diese gar nicht kenne und für die rechtsextreme und in Teilen faschistische Partei keinerlei Sympathien hege.

Es ist keinesfalls meine Absicht – und alle die mich näher kennen können das bestätigen – irgendeine Gruppe von Menschen zu diskriminieren oder auszugrenzen. Ich würde in Anbetracht der unglücklichen und missverständlichen Formulierungen und der zu Tage getretenen Irritationen meine Sicht auf den Gesetzentwurf heute anders formulieren und auf die von mir o.g. Risiken fokussieren.

In Anbetracht dieser Erkenntnis habe ich meine Stellungnahme zurückgezogen und das Familienministerium gebeten, sie von der Homepage zu löschen.

Ich danke Ihnen für die Bereitschaft einer Richtigstellung und bitte Sie, diesen Brief auf der Homepage der DGfS zu veröffentlichen. Ich wünsche mir einen offenen, respektvollen und fairen Meinungs austausch um den besten Weg für den betroffenen Personenkreis zu finden.

Mit freundlichen Grüßen,

Aglaja Stirn